

42 - 11.12.1989.

Sanierung oder Neubau?

Nackenhheimer Rat will Kostenvergleich von „Schiff“ und neuer Halle

Von
Werner Baum

NACKENHEIM – Ein Kostenvergleich von Sanierung des Saalbaues „Zum Schiff“ und Neubau einer Gemeindehalle soll dem Rat eine Entscheidungshilfe bringen. Für ein Pauschalhonorar von 4300 Mark vergaben die Fraktionen von CDU und FWG gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in jüngster Ratssitzung den Auftrag zur Voruntersuchung.

Bürgermeister Bardo Kraus führte aus, es sei noch keinerlei Entscheidung getroffen. Ein Neubau soll mindestens 500 Besuchern Platz bieten. Der derzeitige Saalbau, den die Gemeinde bis Mai 2002 angemietet hat, fasst 340 Personen.

Die SPD-Auffassung, den Saalbau „Zum Schiff“ auf jeden Fall zu erhalten, sei ja bekannt, betonte Richard Speckenheuer. Und da die Zeit dränge, dürfe nicht mehr allzu viel Zeit vergehen, bis die Untersuchung erfolge. Sonst schwimme das „Schiff“ möglicher Weise noch davon...

Natürlich müsse eine Kos-

tengegenüberstellung angestellt werden, erwiderte Kraus. Aber im vergangenen Jahr habe es bei einigen Vereinen einen Umschwung in der Meinung über die Erhaltung des Saalbaues als kulturellem Veranstaltungsort gegeben. Die Haltung der großen Vereine sei jetzt differenzierter.

Es fehle doch an Platz zur Erweiterung des angepachteten Gebäudes, führte Beigeordneter Siegbert Weber aus. Zusätzliche Notausgänge seien erforderlich, an einer Garderobe und an Umkleideräumen mangle es. 2002 werde die Gemeinde außerdem Konzessionsträger, dann seien weitere hohe Auflagen zu erwarten. Bei Kauf und Sanierung müsse die Gemeinde zudem 30 Parkplätze ausweisen. Nachdem aber der Bau von Stellplätzen vor der Hochwasserschutzmauer in Höhe des Gebäudes abgelehnt wurde, gebe es dort aber kein Areal mehr zum Parken. Im Falle eines Umbau könne übrigens der Saalbau etwa zwei Jahre nicht genutzt werden.

Ebenfalls gegen die Stimmen

der SPD verabschiedeten CDU und FWG die Änderung der Hauptsatzung, die eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für den ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich bringt. SPD-Sprecher Oliver Schmitz betonte, die Meinung der SPD zu diesem Thema stehe schon lange fest. Die Sozialdemokraten vertreten die Auffassung, komplett auf die Aufwandsentschädigung zu verzichten. Zumindest solle es bei der gegenwärtigen Regelung bleiben. CDU-Chef Hassemer führte jedoch an, dass der Erste Beigeordnete ein großes Arbeitspensum bewältige und nicht die Stunden zähle, die er für die Gemeinde leiste. Nach sieben Jahren sei eine kleine Anhebung vertretbar.

Michael Mogk (SPD) verlangte genaue Zahlen der ehrenamtlichen Besoldungen des Bürgermeisters und des Beigeordneten. Kraus bezeichnete das Ansinnen von Mogk als polemisch. Rechtlich sei es legitim, die Aufwandsentschädigung zu erhöhen. Er selbst verzichte auf alle Zulagen.